

## VERFAHRENVERMERKE

1. Ausgestellt aufgrund des **Abrundungsbeschlusses**  
der Gemeindevertretung vom **27.03.1997**  
bis **06.04.1997**  
2. Die Bekanntmachung des **Abrundungsbeschlusses** erfolgte  
im örtlich vorgebauten **GEMEINDE SALOW**.

3. Aufgrund der Fassung vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466) wird nach Abschluß der Abstimmung im Ortsrat Roja sowie zu gestaltende Satzung erlassen:

§ 1

### Räumliche Geltungsbereich

- (1) Der im Zusammenhang bebauter Ortsteil ist 34 BauGB umfaßt das Gebiet, das innerhalb der in der beigelegten Karte eingzeichneten Abgrenzungslinie liegt.
- (2) Die beigelegte Karte ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2

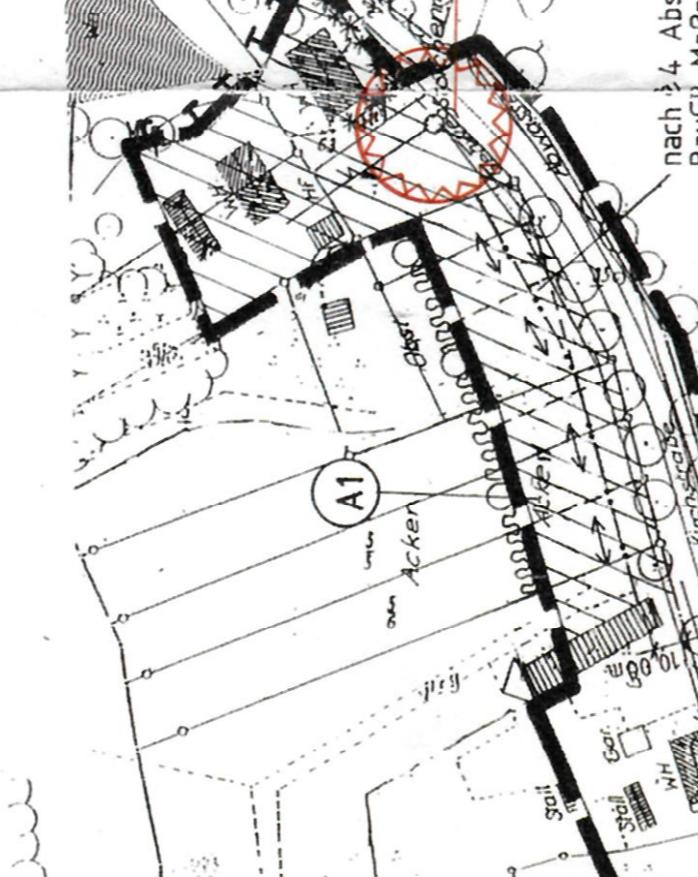
### Inkrafttreten

Die Grundstücke, die im Geltungsbereich der Satzung liegen, gelten als innenreichsgrundstücke. Die Zulässigkeit von Vorläufen richtet sich damit nach § 34 Abs. 1 BauGB und den mit dieser Satzung getroffenen Festsetzungen. Dabei ist BauGB-Maßnahmeg nur Wohnbebauung zulässig.

§ 3

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung und der Bekanntmachung der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbörde in Kraft.

**17 m Schutzabstand für Neubauten zum Storchenhof**



**Änderung!**  
**Erfüllung der Maßgaben in Rot**  
**lauf** Genehmigung vom 10.06.1997

### LEGENDE

- Grenze des Innenbereiches
- Firstrichtung
- Abrundungsfläche
- unverbindliche Parzellierungslinie
- Bauteile
- vorhandener Baum oder Hecke
- Ausgleichsmaßnahme
- Baudenkmal

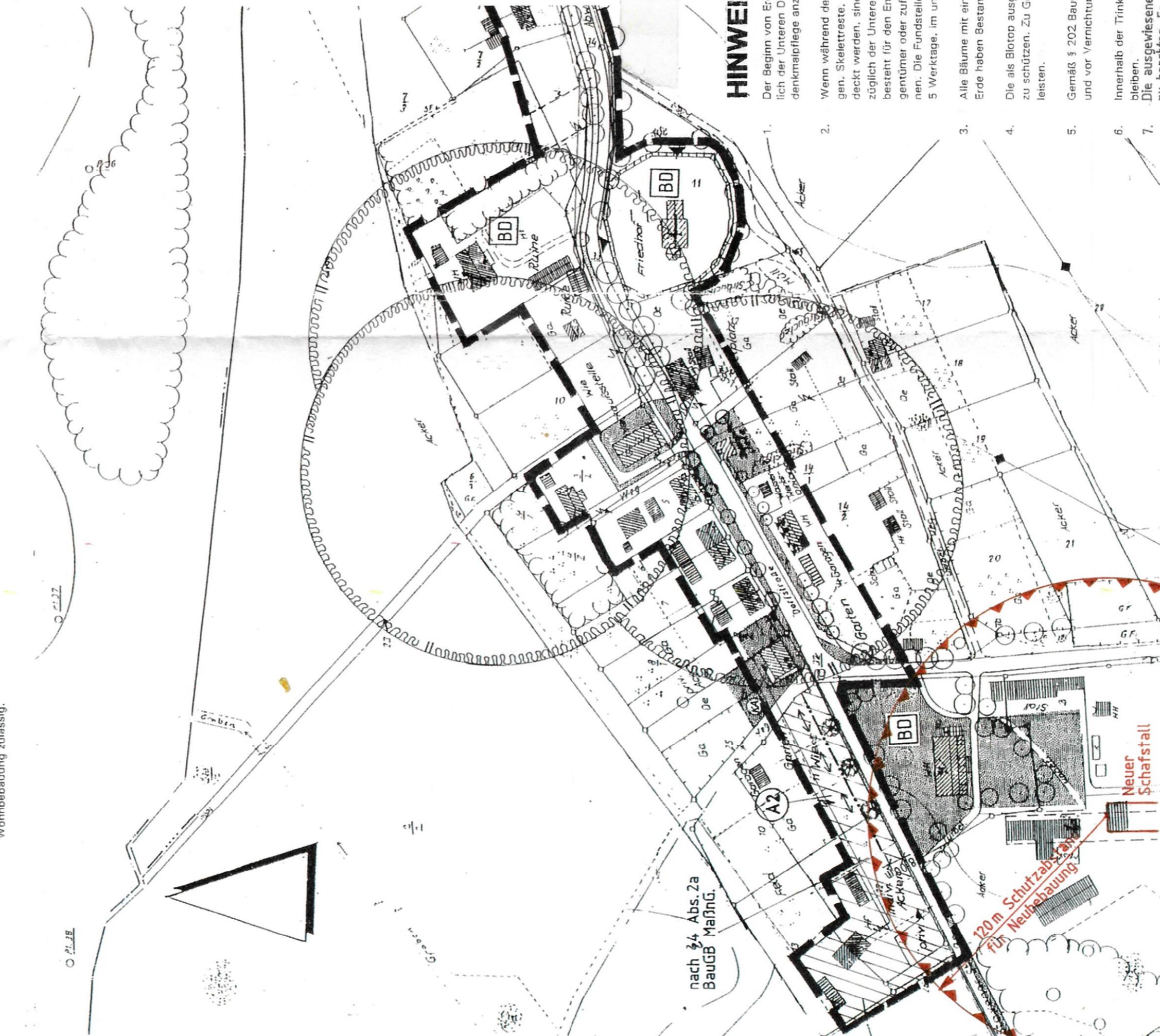
Karte auf der Basis älterer Vermessungs-, Liegenschafts- und topografischer Karten.  
durch Begehung ergänzt.  
Keine Vermessungsaugkeits!

## SATZUNG

### Festsetzungen für Abrundungsflächen

1. Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 und 2 BauGB
2. Gestalterische Festsetzungen auf der Grundlage der LbauO M-V § 36
- 2.1. Die Haufgebäude müssen ein Sattel- oder Krüppelwalmdach haben, bis rottruhnen Dachsteinen sowie einer Vergung von 38° bis 52° haben.
- 2.2. Eintrittungen von Vorgärten sind nur als Holzzäunenzäune 260 cm m oder als natürliche Hcken bis 1,20 m Höhe zulässig.
- 1.1. Es ist eine offene Bauweise mit Einfamilienhäusern als Einzel- oder Doppelhaus gestattet.
- 1.2. Es wird ein Vollgeschoss als zulässig festgelegt. Die maximale Traufhöhe darf dabei 4,00 m und die Erdgeschosshöhe 0,50 m zum dazugehörigen Grundstücksgelände nicht überschreiten. Als Traufhöhe gilt dabei die Höhe der Längsfront bis zur Dachflucht.
- 1.3. Freistehende Nebengebäude müssen hinter der vorderen Fluchtlinie der Wohngebäude stehen. Am günstigsten sind Standorte hinter dem Hauptgebäude.
- 1.4. Als Ausgleich für die Versiegelung auf den Abrundungsflächen nach § 4 Abs. 2 a BauGB/Maßnahmeg ist von diesen Bauwerken bzw. einem großströmiger einheimischer Laubbau 3x verschont und mit einem Baumumfang von mindestens 14 cm Straßenseite zu pflanzen und dauerhaft zu pflegen
- 1.5. Auf Abrundungsflächen gemäß § 4 Abs. 2 a BauGB/Maßnahmeg ist nur Wohnbebauung zulässig.

Wohnbebauung zulässig.  
1.6. Als Ausgleich für die Versiegelung auf den Abrundungsflächen nach § 4 Abs. 2 a BauGB/Maßnahmeg ist von diesen Bauwerken bzw. einem großströmiger einheimischer Laubbau 3x verschont und mit einem Baumumfang von mindestens 14 cm Straßenseite zu pflanzen und dauerhaft zu pflegen



### HINWEISE

Der Beginn von Erdarbeiten ist 4 Wochen vorher schriftlich und verbindlich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Bodendenkmalpflege anzumelden.

1. Wenn während der Erdarbeiten Bodenfundsteine (Urnen, Scherben, Steinsetzerungen, Skulpturen, Münzen u. ä.) oder aufstößige Bodenverhüllungen entdeckt werden, sind diese nach § 11 Abs. 1 und 2 des DachG M-V unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde anzugeben. Die Anzeigepflicht besteht für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den Grundstückseigentümer oder zufällige Zeugen, die den Wert des Gegenstands erkennen. Die Fundstellen sind als zum behördlichen Widerruf, jedoch maximal 5 Werktagen, im unveränderten Zustand zu erhalten.
2. Alle Bäume mit einem Stammdurchmesser > 0,50 m in 1,30 m Höhe über der Erde haben Bestandschutz.
3. Gemäß § 202 BauGB ist Mutterboden im nutzbaren Zustand zu erhalten und vor Vermischung oder Vergeudung zu schützen.
4. Die als Biotop ausgewiesenen Flächen sind als Naturraum zu erhalten und zu schützen. Zu Gewässern ist eine 7 m breite Antauffreihheit zu gewährleisten.
5. Innerhalb der Trinkwasserschutzzonen II hat jede Neubebauung zu unterbleiben.
6. Die ausgewiesenen Schutzzäunen sind bei Neubebauungen besonders zu beachten. Es können dauerhaft Versagungsgründe bestehen.
7. Die ausgewiesenen Schutzzäunen sind bei Neubebauungen besonders zu beachten. Es können dauerhaft Versagungsgründe bestehen.

## GENEHMIGUNGSFASSUNG

### ERWEITERTER ABRUNDUNGSSATZUNG

ROGA / KREIS MECKLENBURG-STRELITZ	Bearbeiter
M 1 : 2000	März 1997/15.07.1997